

Wir schweigen nicht!

Donald Trump – der Krieg, das Klima und die Medien

Von Amy Goodman

Medien könnten die größte Kraft des Friedens auf der Welt sein. Stattdessen werden sie viel zu oft als Waffe des Krieges genutzt. Daher müssen wir sie uns zurückerobern. Die Kraft unabhängiger Medien wie „Democracy Now!“ besteht darin, dass sie Menschen erlauben, für sich selbst zu sprechen. Egal ob es ein palästinensisches Kind oder eine israelische Großmutter ist, ob es ein Onkel im Irak oder eine Tante im Jemen ist: Wenn man jemanden von seinen Erfahrungen sprechen hört, verändert einen das. Ich sage nicht, dass man mit dieser Person übereinstimmen wird – wie oft stimmen wir selbst mit Familienmitgliedern nicht überein. Aber man beginnt zu verstehen, was sie bewegt. Das macht es sehr viel weniger wahrscheinlich, dass man sie vernichten möchte. Mit diesem Verständnis beginnt der Friede.

Vor einigen Wochen saß ich in Albany, der Hauptstadt des Bundesstaates New York, auf einem Podium mit Bob Schieffer. Er ist ein großer Name bei CBS, einem der kommerziellen Fernsehsender in den USA, wo er bis zu seiner Pensionierung die Abendnachrichten präsentiert hat. Noch immer moderiert er die TV-Duelle der Präsidentschaftskandidaten. Ich kam auf den Vorlauf zur US-Invasion des Irak am 5. Februar 2003 zu sprechen. Sechs Wochen vor Kriegsbeginn hielt der damalige Außenminister Colin Powell jene Rede vor den Vereinten Nationen, die das Schicksal besiegelte. Der seinerzeit als sehr glaubwürdig geltende ehemalige General sprach von Beweisen, dass der Irak über Massenvernichtungswaffen verfüge und eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstelle. Powell bedauerte diese Rede später zutiefst und bezeichnete sie als einen Makel auf seinem Lebenslauf. Und tatsächlich war dies ein entscheidender Wendepunkt, weil das Land zu dieser Zeit über den Kriegseintritt debattierte: Die Hälfte der Bevölkerung war dafür, die andere Hälfte dagegen.

Die Media-Watch-Group FAIR hat in einer Studie die vier damaligen Hauptnachrichtensendungen über zwei Wochen untersucht, also jene von NBC, CBS und ABC sowie vom öffentlich-rechtlichen PBS. In diesen für die öffentliche Meinung entscheidenden zwei Wochen gab es in diesen Sendungen 393 Interviews zur Kriegsfrage. Und in wie vielen davon kamen promi-

* Dieser Text basiert auf dem Vortrag, den Amy Goodman am 18.11.2017 auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der „Blätter“ im Berliner Festsaal Kreuzberg gehalten hat. Die Übersetzung stammt von Steffen Vogel.

nente Kriegsgegner zu Wort? In dreien. Drei von fast 400. Das waren keine Mainstreammedien mehr, sondern extreme Medien, die die Kriegstrommeln schlugen. Ich erwähnte das also in der Diskussion mit Bob Schieffer, der sich viel auf seinen gepflegten Diskussionsstil zugutehält. Und er sagte: Amy, ich muss Sie hier unterbrechen, ich muss Ihnen wirklich widersprechen. Ich gab zurück: Wieso, Bob? Haben Sie selbst auf CBS etwa mehr gemacht, als diese Studie sagt? Er verneinte. Ich fragte also: Welchen Einwand haben Sie denn dann? Und er antwortete: Ich verstehe Ihr Anliegen nicht. Der Außenminister hatte soeben gesprochen, und Sie wollen, dass wir Kriegsgegner bringen? Schieffer war ernsthaft überrascht – ebenso wie ich. Ich denke, im Nachhinein hätte das nämlich niemand mehr begrüßt als Colin Powell selbst. Aber mehr noch: Die Aufgabe der Medien ist, die Mächtigen zur Rechenschaft zu ziehen. Gerade in Kriegszeiten müssen wir tief graben, um die Fakten hervorzubringen. Andernfalls drohen die Medien als Kriegswaffe benutzt zu werden.

Eskalation gegenüber Nordkorea

Lassen Sie uns das auf heute übertragen. Präsident Donald Trump hat die Medien ins Fadenkreuz seiner Regierung gerückt. Er nennt uns die Feinde des amerikanischen Volkes. Er stellt alle Medien in dasselbe Feindeslager und greift Journalisten auch persönlich an. Während des Präsidentschaftswahlkampfes mussten Reporter sogar Sicherheitsleute engagieren. Nach Trumps Massenkundgebungen hatten sie Angst, alleine zu ihren Autos zu gehen. Und das nicht ohne Grund: Ein Trump-Anhänger hatte einen Black-Lives-Matter-Aktivisten geschlagen, und Trump sagte, im Falle einer Verhaftung würde er für die Anwaltskosten aufkommen. Jetzt spricht er über die „scheiternde ‚New York Times‘“ oder über „Fake-News-CNN“, und die Journalisten nehmen das persönlich. Sie schlagen zurück und zeigen Rückgrat. Medien sind von entscheidender Bedeutung für eine demokratische Gesellschaft – das hört man jetzt ständig in selbigen. Und das ist sehr, sehr wichtig.

Ich sage das nur ungern öffentlich, aber ich verstehe nicht, warum Trump nicht wenigstens für eine Woche damit aufhört. Denn der Reflex der etablierten Medien besteht darin, sich um das Establishment zu scharen, und das würden sie auch bei ihm tun. Aber er schlägt sie ständig derart hart, dass sie das nicht können. Sie müssen sich verteidigen. Daher stellen sie wichtige Fragen – außer wenn es um zwei Themen geht: Klimawandel und Krieg. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Nach einigen Wochen im Amt ließ Trump von zwei Marineschiffen aus 59 Tomahawk-Raketen auf einen Flugplatz in Syrien feuern. An diesem Abend zeigte der progressivste große Sender, MSNBC, Filmmaterial vom Pentagon und unterlegte das mit folgendem Kommentar: „Wir sehen diese schönen Bilder von der Nacht auf den Decks dieser zwei US-Marineschiffe im östlichen Mittelmeer. Ich bin versucht, den großen Leonard Cohen zu zitieren: Ich werde geleitet von der Schönheit unserer Waffen. Und es sind schöne Bilder von furchterregenden Bordwaffen,

die sich zu einem kurzen Flug von 30 Sekunden zu diesem Flugplatz aufmachen.“ Er benutzte das Wort „Schönheit“ oder „schön“ drei Mal. Leonard Cohen ist wohl in seinem Grabe rotiert, als sie auf MSNBC von der Schönheit des Bombenangriffs auf Syrien sprachen.

Einige Wochen später ließ Trump unerklärlicherweise die weltweit größte nicht-atomare Bombe über Afghanistan abwerfen. Das Pentagon nennt sie die „Mutter aller Bomben“, sie hat einen Luftwellenradius von etwa einer Meile. Sie wurde unter George W. Bush entwickelt, der ihren Einsatz aber nicht wagte, auch Barack Obama machte von ihr keinen Gebrauch. Trump aber benötigte nur ein paar Wochen, um diese Bombe fallen zu lassen. Und was sagen einige Medien? „Jetzt ist er Präsident geworden.“

Sie kennen die Berichte über das Treffen, das Trump im Sommer mit seinen militärischen Stabschefs hatte? Es heißt, Außenminister Rex Tillerson habe ihn dort einen „verdammten Schwachkopf“ genannt. Tillerson will das weder bestätigen noch dementieren. Offenbar hatte Trump auf dem Treffen innerhalb einer Stunde drei Mal gefragt: Wenn wir Atomwaffen haben, warum benutzen wir sie dann nicht? Das ist extrem beängstigend, wenn man bedenkt, wie die Rhetorik gegen Nordkorea hochgeschraubt wird.

Vor einigen Monaten verkündete Präsident Trump eine veränderte Militärpolitik. Er verteilte seine Erklärung auf drei Tweets. Mit dem ersten kündigte er nur unbestimmt einen neuen Kurs an. Dann wartete er mehrere Minuten bis zum zweiten und dritten Tweet, in denen er erklärte, Trans-Menschen vom Militär ausschließen zu wollen. Gerüchten zufolge wussten selbst die Vereinigten Stabschefs nicht, worin diese neue Militärpolitik bestehen sollte. Im Pentagon soll in jenen Minuten zwischen dem ersten und zweiten Tweet der Schrecken ausgebrochen sein: Würde Trump ankündigen, dass die USA Nordkorea bombardieren? Das illustriert, wie sehr die Lage außer Kontrolle geraten ist. Viele glauben, dass wir einem Krieg mit Nordkorea noch nie so nahe waren – und das heißt: einem Atomkrieg.

Diese Gefahr wird dadurch verstärkt, dass Trump und seine Leute ihre eigenen Behörden massiv schwächen: Unter Rex Tillerson wurden bislang gut 60 Prozent der Spitzenpositionen im Außenministerium nicht besetzt, darunter Botschafterposten auf der ganzen Welt. Was aber passiert, wenn man den diplomatischen Flügel der Regierung stutzt und gleichzeitig Milliarden über Milliarden von Dollar ins Pentagon strömen? Dann gibt es nur noch eine Lösung. Wenn man einen Hammer hat, sieht alles wie ein Nagel aus. Ohne diplomatischen Flügel, aber mit einem perfekt ausgestatteten Militär ist die Reaktion auf alle möglichen Situationen in der Welt vorhersehbar.

Extremwetter statt Klimawandel

Wir erleben also sehr ernste Zeiten: Präsident Trump drängt auf Krieg, und die Medien sind nur so lange oppositionell, bis es zum Krieg kommt – oder bis es um den Klimawandel geht. Weltweit besteht ein wissenschaftlicher Konsens, dass die Erwärmung unseres Planeten menschengemacht ist. Nicht

so in den USA: Wenn in unserem Fernsehen eine der seltenen Diskussionen zum Klimawandel läuft, dann gibt es ein merkwürdiges Verständnis von Ausgewogenheit. Es ist, als ob man zu einem Gespräch über die Erde stets jemanden einladen müsse, der sie für eine Scheibe hält.

In Fragen des Klimawandels bräuchten wir Meteorologen, die eine Verbindung zwischen dem Klimawandel und den schrecklichen Wetterereignissen der jüngsten Zeit herstellen. Stattdessen blenden die Fernsehsender bei ihrer Berichterstattung stets „schweres Wetter“ und „extremes Wetter“ ein. Wie wäre es mit „Klimawandel“ oder „Erderwärmung“? Es ist enorm wichtig, dass die Menschen auf diese Verbindung gestoßen werden.

Auf der COP23, der UN-Klimakonferenz, in Bonn sprach ich mit der belgischen Meteorologin Jill Peeters, der Gründerin von „Climate without Borders“. Sie sagte: Leute wie ich gehören zu den beliebtesten Fernsehfiguren, die Menschen trauen uns, daher müssen wir über den Klimawandel reden. Und sie hat recht. Denn die Menschen sind zwar klug. Aber wenn man über Brände in Kalifornien spricht, über diese Feuer, die sich durchs Land fressen und Menschen töten – und dann über Überflutungen in Texas und Florida, nicht zu vergessen von den Stürmen in der Karibik und in Puerto Rico und ganz zu schweigen von den tödlichen Fluten in Indien, Pakistan, Nepal und Bangladesch, wenn man also von Dürrefeuern und Überschwemmungen spricht, stellen dann alle die Verbindung her? Wir brauchen Meteorologen, die zeigen, wie all diese verschiedenen Wetterereignisse zusammenhängen. Das ist wichtig, immerhin steht das Schicksal unseres Planeten auf dem Spiel. Aber in unseren Medien – und ich rede hier nicht von Fox News, sondern von MSNBC und CNN – werden Hurrikane kaum mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht.

Die Menschen im Rest der Welt reden ständig darüber, weil sie im Fokus des Klimawandels stehen. Auch wir in den USA erleben den Klimawandel. Und wir kommen aus dem mächtigsten Land der Welt, aus dem Land mit dem größten Ausstoß an Treibhausgasen. Wir müssen daher endlich unsere Verantwortung annehmen.

Auf der Klimakonferenz in Bonn jedoch gab es – erstmalig überhaupt – nur eine einzige Veranstaltung der US-Klimadelegation. Dort saßen Trumps Klimaberater George David Banks und Francis Brooke, ein Berater von Vizepräsident Mike Pence. Dazu kamen eine Sprecherin des Kohleunternehmens Peabody Energy, ein ehemaliger Mitarbeiter der Obama-Regierung, der sein Geld nun mit Gas verdient, weiterhin der Kopf der US Energy Association (USEA), die für fossile Brennstoffe steht, und ein Vertreter eines Atomunternehmens aus Oregon. Die Botschaft dieses Podiums war von Anfang an klar: Die US-Regierung setzt auf Kohle, Atom und Gas. Als es zu den Pressefragen kam, war ich als Letzte an der Reihe. Ich bat um ein einfaches Ja oder Nein von jedem in der Runde: Befürworten Sie, dass Präsident Trump die USA aus dem Pariser Abkommen führt? Der Atom-Vertreter sagte Nein, der Gas-Vertreter ebenso, der USEA-Mann sagte Ja, und die Kohlesprecherin mochte nicht antworten. Von den vier Konzernvertretern auf dem Podium unterstützten also bemerkenswerterweise zwei den Kurs des Präsidenten nicht.

So sieht es also auf dieser Seite aus. Jetzt möchte ich über die andere sprechen: In den USA gibt es eine sehr entwickelte Bewegung zum Stopp der Pipelines, die kreuz und quer durch Amerika verlaufen. Sie legt sich mit der fossilen Brennstoffwirtschaft im mächtigsten Land der Welt an.

Die Militarisierung der Polizei

Donald Trump hat neben der Dakota Access Pipeline auch der Keystone XL Pipeline grünes Licht gegeben, die Barack Obama nach Jahren massiver Proteste schließlich gestoppt hatte. Das führt uns zur Blockade bei Standing Rock. Sie begann am 1. April 2016, als die inoffizielle Chronistin der Standing-Rock-Sioux, LaDonna Brave Bull Allard, ihr Anwesen am Cannonball River in North Dakota für den Widerstand gegen die Dakota Access Pipeline öffnete. Die amerikanischen Ureinwohner nennen diese Pipeline die schwarze Schlange, die sich von den Ölfeldern North Dakotas durch South Dakota, Iowa und Illinois schlängelt und das Fracking-Öl schließlich in eine andere Pipeline leitet, die zum Golf von Mexiko führt.

Die Ureinwohner sind vor allem deswegen besorgt, weil die Pipeline unter dem Missouri verlaufen soll, dem längsten Fluss Nordamerikas, der 17 Millionen Menschen mit Wasser versorgt. Sie nennen sich Wasserschützer und erklären, es gehe nicht nur um sie, sondern um die gesamte Gesellschaft. Nachdem LaDonna Brave Bull Allard also ihr Anwesen geöffnet hatte, kamen erst Dutzende, dann Hunderte und schließlich Tausende von Menschen. Der Protest wurde zur größten Vereinigung der amerikanischen Ureinwohner seit Jahrzehnten. Er wuchs im Wahljahr 2016 weiter an, obwohl die Moderatoren in den TV-Präsidentschaftsdebatten nicht ein einziges Mal den Klimawandel ansprachen, ganz zu schweigen von der Dakota Access Pipeline oder dem Protest in Standing Rock.

Am Labor-Day-Wochenende Anfang September 2016 reiste „Democracy Now!“ nach North Dakota, um über die Ereignisse zu berichten. Es war beeindruckend: Die Stammesältesten begannen mit einer Wasserzeremonie und viele von ihnen trugen während des Protestes ein Glas Wasser. Sie trafen auf ein vollständig militarisiertes Sheriff's Department. Wir sprechen hier über die tiefste ländliche Provinz von North Dakota, und die Polizisten fahren in minensicheren Militärfahrzeugen (MRAP) und Panzern, sie verwenden automatische Waffen und Drohnen. Und damit treten sie ihren Nachbarn gegenüber.

Diese militarisierte Polizei kennen wir aus Ferguson, von jenem Aufbegehren im Jahr 2014. Am Mittag des 9. August hatte dort der weiße Polizist Darren Wilson den 18jährigen Afroamerikaner Michael Brown erschossen. Brown hatte gerade die Highschool beendet und wollte aufs Community College gehen. Aber stattdessen wurde er von einem weißen Polizisten getötet und sein Körper blieb stundenlang in der heißen Augustsonne liegen. Und die Menschen erhoben sich. Sie kennen diese Bilder, weil die Medien dort hingingen und zeigten, wie die vollständig militarisierte Polizei aus dem

Großraum St. Louis einer wütenden Gemeinde entgegentrat. Die Leute sagten, wir sind keine Tiere, wir sind auch Menschen, und: Schwarze Leben zählen (Black Lives Matter). Die Militarisierung geht so weit, dass das Wort „Recycling“ im heutigen Amerika eine völlig neue Bedeutung bekommen hat: Man nimmt die Waffen aus Irak und Afghanistan und gibt sie den Polizeibehörden in den USA.

Selbst einigen Polizeichefs geht das inzwischen zu weit. Kürzlich interviewte ich gemeinsam mit meinem Kollegen Juan Gonzalez den früheren Polizeichef von Seattle: Norm Stamper hatte 1999 den Einsatz gegen Globalisierungskritiker beim „Battle of Seattle“ verantwortet. Die Polizei sprühte seinerzeit so viel Tränengas und Pfefferspray auf die Demonstranten, dass sie ihre Vorräte in anderen Bundesstaaten auffüllen musste. So etwas hatte Seattle noch nie gesehen, und nach diesen Ereignissen, die eigentlich ein Polizei-Krawall waren, wurde Stamper seines Amtes enthoben. Aber seitdem ist er zu einer der führenden Stimmen für eine Polizeireform in den USA geworden. Er bezeichnet den damaligen Polizeieinsatz als größten Fehler seines Lebens. Wenn wir Menschen durchs Fadenkreuz betrachten, sagt Stamper, vergessen wir, dass sie Nachbarn, Kinder, Ärztinnen, Bibliothekare oder Bauern sind. Wir betrachten sie nur noch als Feinde. Und deswegen sollten wir noch einmal über die Ausrüstung unserer Polizeibehörden mit Armeewaffen nachdenken.

Obama und die Ureinwohner

Dieser militarisierten Polizei standen nun die Menschen in Standing Rock gegenüber. Aber als wir dort filmten, geschah noch etwas viel Dramatischeres. Es war ein verlängertes Wochenende, also dachten alle, die Bulldozer würden stillstehen. Daher wollte eine Gruppe Ureinwohner ihre Flagge in einem Gebiet aufstellen, das ihnen heilig ist: ihrer Begräbnisstätte. Aber als sie ankamen, liefen die Bulldozer auf vollen Touren. Die Menschen waren so schockiert, dass sie sich ihnen in den Weg stellten. Das war eine bemerkenswert tapfere Handlung, denn diese Maschinen sind immens groß, verglichen mit einem menschlichen Wesen. Die Bulldozer jedoch wichen vor den Menschen zurück, also marschierten die Demonstranten vorwärts und immer mehr strömten aus den Widerstandscamps herbei. Es war ein erstaunlicher Anblick, diese sechs Bulldozer ausweichen zu sehen.

Der Schock der Menschen rührte daher, dass sie auf einen Gerichtsentscheid über dieses Gelände warteten. Erst ein paar Tage zuvor hatten sie beim zuständigen Richter eine Karte ihrer heiligen Begräbnisstätte eingereicht. Dieser hatte der Gegenseite eine Kopie zukommen lassen, wie das in solchen Verfahren üblich ist. Prozessgegner war der Energiekonzern Energy Transfer Partners, dessen Chef Kelcy Warren einst sechs Millionen Dollar für die Präsidentschaftskampagne von Rick Perry gespendet hatte. Derselbe Rick Perry amtiert heute als Energieminister. Als die Ureinwohner nun die Bulldozer sahen, dachten sie, die Firma wolle dem Richter zuvorkommen,

mit den Aushebungen beginnen und somit Fakten schaffen. Das machte die Menschen so wütend, dass sie es mit den Bulldozern aufnahmen.

Dann jedoch hetzten die Sicherheitsleute Hunde auf die Demonstranten. Wir filmten weiter. Die Menschen wurden gebissen, die Wächter trieben die Hunde in die Menge. Manchmal schreckte ein Hund zurück, musste sich dann aber den Weg aus der Menge beißen. Wir filmten einen Hund, dessen Nase und Mund vor Blut triefen. Andere Sicherheitsleute sprühten Tränengas, aber die Leute gingen weiter vorwärts. Obwohl sie geschlagen und gebissen, mit Tränengas und Pfefferspray eingenebelt wurden, gewannen die Menschen an diesem Tag die Oberhand, wenn auch zu einem unakzeptabel hohen Preis. Doch schließlich zogen sich die Bulldozer und die Sicherheitsleute endgültig zurück. Wir stellten unser Video noch am selben Abend online, und innerhalb von 48 Stunden war es nicht weniger als 14 Millionen Mal aufgerufen worden.

In der folgenden Woche mobilisierte der damalige Gouverneur von North Dakota die Nationalgarde, und der Richter entschied gegen die Sioux. Aber in derselben Woche unternahm Präsident Obama seine historische Asienreise. Auf seiner letzten Station in Laos hielt er ein Demokratieforum für junge Menschen aus ganz Asien. Die letzte Frage, die ihm dort gestellt wurde, stammte von einer jungen Frau aus Malaysia – und sie bezog sich auf die Dakota Access Pipeline. Diese Frau stellte Obama eine Frage, die kein amerikanischer Journalist öffentlich an ihn gerichtet hatte. Er antwortete eloquent über die jahrhundertelange Unterdrückung der amerikanischen Ureinwohner. Was die Pipeline betreffe: Über die müsse er erst zu Hause mit seinem Team sprechen. Nun, zurück in Washington soll er unser Video gesehen haben. Die Bedeutung der Hunde entging dem ersten afroamerikanischen Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht. Denn in unserem Video hatten wir auch Winona LaDuke interviewt, die großartige indigene Aktivistin aus dem White-Earth-Reservat im nördlichen Minnesota. Sie hatte gesagt: Gouverneur, Sie sind nicht [der Segregationsverfechter] George Wallace, das ist nicht Alabama, wir leben nicht im Jahr 1965, wir sind damit fertig.

Und Obama reagierte: Justiz- und Innenministerium sowie das Ingenieurkorps der Armee veröffentlichten einen beispiellosen Brief, mit dem sie den Pipelinebau stoppten. Erst müsse geprüft werden, ob die Ureinwohner konsultiert worden und ob die Umweltfolgen geklärt sind. Im Dezember 2016 entschied die Obama-Regierung dann, entweder müsse die Dakota Access Pipeline eine andere Route nehmen oder sie würde, ebenso wie die Keystone XL, nicht fertiggestellt werden. Aber dann kam Donald Trump: Eine seiner ersten Amtshandlungen war, die Genehmigung für die Dakota Access Pipeline zu erteilen. Den Kampf dagegen hat er allerdings nicht beenden können.

Rosa Parks und Sophie Scholl

All jene, die sich um Krieg und Frieden, um den Klimawandel und das Schicksal unseres Planeten, um rassistische und soziale Ungerechtigkeiten

ten sorgen, sind keine randständige Minderheit. Sie sind nicht einmal eine schweigende Minderheit, sondern eine zum Schweigen gebrachte Minderheit – durch die großen privaten Medien. Ich möchte in diesem Sinne mit zwei Geschichten schließen.

Bei der ersten geht es darum, was man tut, wenn der entscheidende Moment gekommen ist. Sie handelt von Rosa Parks und dem Jahr 1955. Jetzt könnten Sie einwenden: Diese Geschichte kennt doch jeder. Warum sollte man sie erneut erzählen? Weil die Medien selbst diese berühmte Geschichte, die Geschichte der Bürgerrechtsaktivistin Rosa Parks, falsch darstellen. Am 1. Dezember 1955 sitzt sie in einem Bus in Montgomery/Alabama und weigert sich, für einen weißen Fahrgast aufzustehen. Der Fahrer ruft die Polizei, vier Tage später wird sie verhaftet und vor Gericht gestellt. Daraufhin wird die „Montgomery Improvement Association“ gegründet, die einen erfolgreichen Busboykott gegen die Segregation im öffentlichen Nahverkehr von Alabama organisiert. Zu ihrem Anführer wählt sie einen jungen Pastor, der gerade erst in die Stadt gezogen ist: Dr. Martin Luther King.

Rosa Parks bereitete also Martin Luther King den Weg. Als sie vor ein paar Jahren starb, wurde sie als erste Afroamerikanerin im Kapitol in Washington aufgebahrt, bevor sie mit einem großen Begräbnis in Detroit beigesetzt wurde. Ich verfolgte das auf CNN und dort sagten sie: Rosa Parks war eine müde Näherin. Sie war keine Unruhestifterin. Genau an diesem Punkt lagen sie falsch: Rosa Parks war eine erstklassige Unruhestifterin. Sie war die Sekretärin des örtlichen Zweigs der Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) und arbeitete unter Edgar Daniel Nixon, der aus der radikalen Gewerkschaftsbewegung kam. Er kooperierte mit Asa Philip Randolph, einem der besten gewerkschaftlichen Organiser des 20. Jahrhunderts, der auch den Marsch auf Washington von 1963 organisierte, auf dem King seine „I have a dream“-Rede hielt. Randolph plante das Washingtoner Ereignis gemeinsam mit dem schwarzen, schwulen und pazifistischen Aktivisten Bayard Rustin. Diese Geschichten sollten wir kennen. Aber zurück zu Nixon: Mit Randolph gründete er die „Brotherhood of Sleeping Car Porters“ (Bruderschaft der Schlafwagenschaffner). Sie organisierten Tausende von schwarzen Angestellten, die im Zug alle „George“ genannt wurden, und zwar nicht, weil ihre Mütter sie so genannt hätten, sondern nach George Pullman, dem Besitzer der Pullman-Züge, in denen sie arbeiteten. Nixon und Rosa Parks haben jahrelang die rassistischen Gesetze der Südstaaten angefochten. Sie wusste also genau, was sie tat – doch die Medien verunglimpfen Aktivisten. Was aber könnte nobler sein, als sein Leben dem Einsatz für eine bessere Welt zu widmen?

Denken Sie an #metoo, diese machtvolle Bewegung von Frauen, die dem Missbrauch die Stirn bieten und damit Männern aus allen gesellschaftlichen Bereichen – darunter die Mächtigsten aus der Unterhaltungsindustrie, der Finanzwirtschaft und der Politik. Niemand weiß, wo das enden wird: Erinnern wir uns, dass bereits mindestens ein Dutzend Frauen gegen Donald Trump den Vorwurf der sexuellen Belästigung oder des sexuellen Übergriffs erhoben haben. Wir wissen nicht im Voraus, wann der entscheidende

Moment kommen wird. Aber wenn wir uns für den gesellschaftlichen Wandel engagieren, legen wir den Grundstock, um Geschichte zu machen und die Zukunft zu prägen. Genau das hat Rosa Parks getan.

Wenn wir verstehen wollen, wie tapfer Rosa Parks war, müssen wir im Jahr 1955 ein paar Monate zurückgehen, zur Geschichte des 14jährigen afroamerikanischen Jungen Emmett Till. Er stammte aus Chicago, besuchte über den Sommer aber Onkel, Tante und Cousins im kleinen Ort Money/Mississippi. Eines Nachts stand ein weißer Mob vor der Tür, zerrte ihn aus dem Bett und behauptete, er habe einer weißen Frau hinterhergepfiffen. Aber er war ein Stotterer, und seine Mutter Mamie hatte ihm beigebracht: Pfeif', wenn du ins Stocken gerätst. Er endete auf dem Grund des Tallahatchie River. Als seine Leiche nach Chicago zurückgebracht worden war, tat seine Mutter etwas unglaublich Mutiges: Sie bestand auf einem offenen Sarg für die Totenwache und die Beerdigung. Sie wollte, dass die Welt die Verwüstungen des Rassismus und die Brutalität des Fanatismus sieht. Tausende von Menschen strömten an seinem Sarg vorbei und sahen seinen aufgeblähten, verstümmelten Kopf. Das „Jet Magazine“ und andere schwarze Publikationen veröffentlichten Fotos davon, und diese Fotos brannten sich in die Geschichte und das Bewusstsein unseres Landes ein.

Mamie Till hat der heutigen Presse immer noch etwas sehr Wichtiges zu sagen: Zeigt die Bilder! Können Sie sich vorstellen, wie es wäre, wenn wir nur für eine Woche die Bilder des Krieges sehen würden? Auf den Titelseiten der Zeitungen würden wir ein Baby sehen, das tot auf der afghanischen Erde liegt. Wir würden seine Geschichte erfahren und wer seine Eltern waren. Für nur eine Woche würden jede Radiostation und alle Fernsehnachrichten über eine Frau aus dem Jemen sprechen, die bei einem Drohnenangriff in die Luft gesprengt wurde. Vielleicht hatte sie gerade eine Hochzeit besucht, vielleicht hatte sie sich gerade verliebt. Eine Woche lang würde jeder auf seiner Facebookseite, in seinen Tweets, seinen SMS und E-Mails über einen sterbenden Soldaten sprechen. Von ihnen allen würden wir die Namen erfahren. Und da wir mitfühlende Wesen sind, glaube ich, dass die Menschen in den Vereinigten Staaten und weltweit sagen würden: Nein, Krieg ist im 21. Jahrhundert keine Antwort auf Konflikte.

Enden möchte ich mit Hans und Sophie Scholl. Gemeinsam mit ihrem Professor Kurt Huber und anderen gründeten sie die Weiße Rose. Hans und Sophie waren Christen, die etwas gegen die Gräueltaten der Nazis unternehmen wollten. Und das Beste erschien ihnen, Informationen zu verbreiten, so dass niemand sagen konnte, er habe von nichts gewusst. Sie verteilten Flugblätter, auf denen auch folgende Worte standen: „Wir schweigen nicht.“ Im Schutz der Dunkelheit verbreiteten sie diese Flugblätter, wo immer sie konnten. Schließlich aber wurden Hans und Sophie gefasst, vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und im Februar 1943 enthauptet.

Ihre Losung jedoch sollte heute der hippokratische Eid der Medien, ja der hippokratische Eid von uns allen sein: Wir schweigen nicht.